

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 27. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **fünf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben wieder ein Geburtstagskind zu beglückwünschen. **Geburtstag** feiert heute Herr Kollege **Lukas Lamla** von der Fraktion der Piraten. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Dafür, dass die Sitzung nicht allzu lang wird und Sie auch noch etwas vom Abend haben, haben die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer ja gesorgt.

Nach den erfreulichen Vorbemerkungen komme ich zu einem Punkt, der nicht ganz so erfreulich ist; denn ich habe im Nachgang zu den letzten Plenartagen noch zwei nichtförmliche Rügen auszusprechen.

Die erste **nichtförmliche** – wie gesagt: nichtförmlich; gleichwohl ist es hier anzumerken – **Rüge** betrifft den Herrn Kollegen **Martin-Sebastian Abel** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Abel hat sich in der 26. Plenarsitzung am 22. März dieses Jahres mit der Verwendung eines Ausdrucks aus der Fäkalsprache in einem Zwischenruf während einer Rede des Kollegen Biesenbach unparlamentarisch verhalten. Die in der Sitzung verwendete Formulierung werde ich hier natürlich nicht wiederholen. Sie ist aber im Protokoll nachzulesen. Deshalb ist sie auch aufgefallen.

Lieber Herr Kollege Abel, ich ermahne Sie und bitte Sie ganz herzlich, derartige Ausdrücke auch in Zwischenrufen zukünftig zu unterlassen. Ansonsten bekommen Sie natürlich eine förmliche Rüge.

Die zweite **nichtförmliche Rüge** spreche ich gegenüber dem Abgeordneten **Daniel Sieveke** von der CDU-Fraktion aus. Herr Sieveke hat sich in derselben, also in der 26. Sitzung am 22. März 2013, mit einer gegen den Redner gerichteten Geste während der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1 – „Ursachen und Erscheinungen des verfassungsfeindlichen Salafismus in Nordrhein-Westfalen konsequent bekämpfen“ – unparlamentarisch verhalten.

Da wir Gesten auch in der Vergangenheit – sofern sie aufgefallen oder angesprochen worden sind und nachgewiesen werden konnten – gerügt haben, tue ich das auch in diesem Fall. Auch diese Geste ist im Plenarprotokoll vermerkt und deshalb aufgefallen.

Herr Kollege Sieveke – im Moment noch in Abwesenheit –, ich ermahne Sie und bitte Sie, derartige Gesten zu unterlassen. Ansonsten gilt hier dasselbe wie für Herrn Kollegen Abel; im Wiederholungsfall gibt es eine förmliche Rüge. – So weit das Unerfreuliche.

Jetzt kommen wir zu etwas Neuem: Ich darf Sie und insbesondere die Zuschauer auf der Tribüne darüber informieren, dass sich die Fraktionen verständigt haben, zwei unterschiedliche Neuerungen im Rahmen von Plenarsitzungen ab heute bis zu den Sommerferien probeweise einzuführen.

Es handelt sich zum einen um das Verfahren der sogenannten **Kurzintervention** und zum anderen um die Einführung einer **abstimmungsfreien Mittagspause** in der Zeit zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr.

Die Mittagspause ist nicht als Pause und Unterbrechung der Plenarsitzung zu verstehen, sondern lediglich so, dass in diesem Zeitraum keine Abstimmungen stattfinden, es sei denn, es handelt sich um Überweisungsabstimmungen. Die jeweilig ausgesetzten Abstimmungen werden nach 14 Uhr entsprechend nachgeholt.

Zu den Regularien der Kurzintervention, deren Premiere wir sicherlich heute erleben werden, verweise ich auf die Details in der Ihnen zugegangenen Information 16/90 vom 12. April 2013 und weise darauf hin, dass die Kurzintervention im Rahmen der Aktuellen Stunde noch keine Anwendung findet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit all diesen Vorbemerkungen treten wir nun in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

(Unruhe)

– Ich weise darauf hin, dass es im Raum relativ laut und das Volksgemurmel hier oben doch etwas störend ist.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

1 Fall Hoeneß bestätigt: Ablehnung Steuerabkommen war und bleibt richtiger Weg für Durchsetzung von Steuerehrlichkeit

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2697

Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 22. April 2013 gemäß § 90 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden SPD-Fraktion dem Kollegen Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit (SPD): Wem nützt es? Diese Frage, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, stellt sich oft bei Kriminalfällen. Sie ist aber auch eine entscheidende Frage, die wir uns in der Politik immer wieder stellen müssen.

So geht es auch um die Frage: Wem hätte das Steuerabkommen mit der Schweiz genützt? Uli Hoeneß, der Präsident des FC Bayern München, hat diese Frage in großer Ehrlichkeit beantwortet. Er hat mit seiner Selbstanzeige deutlich gemacht: Dieses Steuerabkommen hätte denjenigen genützt, die sich in die Anonymität flüchten wollten. Und dieses Steuerabkommen hätte denjenigen genutzt, die sich einer Strafverfolgung entziehen wollten.

Unabhängig vom Ausgang dieser Selbstanzeige ist klar geworden, dass das Steuerabkommen mit der Schweiz in Wirklichkeit ein Steuerhinterziehungshilfeabkommen gewesen wäre. Deshalb können wir der Landesregierung für ihren Beitrag zur Verhinderung dieses Steuerabkommens nur danken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wie wollen wir eigentlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erklären, dass ihnen jeden Monat die Steuern vom Gehalt abgezogen werden, während gleichzeitig Besserverdienende in Steueroasen flüchten? Wie wollen wir ehrlichen Steuerzahlern erklären, dass sie Schulen, Kindergärten, Universitäten und Straßen finanzieren sollen, während diejenigen mit Millionenvermögen sich dieser Verantwortung entziehen?

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal auf Uli Hoeneß zurückkommen; denn Herr Hoeneß ist jemand, dessen Verein, Bayern München, und damit auch dessen Person ihren Aufstieg nicht zuletzt einer öffentlichen Investition verdanken. Ein entscheidender Grund für den Erfolg von Bayern München, der in den 70er-Jahren begonnen hat, war das Olympiastadion, das aus öffentlichen Mitteln, aus Steuergeldern, finanziert wurde. Dies war zu Zeiten, als sich die Bundesligisten noch aus Zuschauereinnahmen finanziert haben, ein entscheidender Wettbewerbsvorteil. Und glauben Sie mir: Ich als Fan von Borussia Mönchengladbach weiß, wovon ich in diesem Zusammenhang rede.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir dürfen es nicht zulassen, dass gerade diejenigen, die von öffentlichen Investitionen profitieren, sich bei der Finanzierung dieser Investitionen vom Acker machen. Dies ist unmoralisch und kriminell.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang gleichzeitig mit der Mär aufräumen, das Steuerabkommen mit der Schweiz hätte zu mehr Einnahmen geführt. Bei dieser Behauptung wird immer nur die Frage der Zinseinnahmen diskutiert. Die Frage, woher die Gelder kommen, die auf den Schwarzgeldkonten in der Schweiz liegen, wird dabei aber vernachlässigt. Handelt es sich nicht um Gelder, die schon aus Ertragsteuerhinterziehung stammen, oder gar um Gelder, die kriminellen Ursprungs sind?

Wem nützt es? – Das Steuerabkommen hätte Ertragsteuerhinterziehern und Geldwäschern genutzt. Auch deshalb war es richtig, dieses Abkommen zu verhindern.

Wenn wir über Steuergerechtigkeit reden, sollten wir vielleicht auch einmal die Frage der strafverhindernden Selbstanzeige diskutieren. Wieso geht es in Deutschland, dass Steuerhinterzieher bei einer Selbstanzeige – vielleicht aus Angst vor einer CD oder weil sie vergeblich auf ein Steuerabkommen mit der Schweiz gesetzt hatten – straffrei ausgehen? Gilt das für einen Hartz-IV-Empfänger, der sein Einkommen nicht korrekt angegeben hat, oder für einen Selbstständigen, der schuldhaft eine Insolvenz herbeigeführt hat? – Nein. Dieses Privileg gilt bei uns nur bei der Steuerhinterziehung. Deswegen sollten wir darüber einmal ernsthaft diskutieren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was die Frage des staatlichen Handelns bei Steuerhinterziehung angeht, drängt sich mir auch eine Frage an die CDU auf. Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie wollen an jeder Ecke in diesem Land eine Kamera aufstellen, um Menschen besser überwachen zu können. Sie wollen, dass Menschen, die staatliche Sozialleistungen erhalten, jeden Cent offenlegen. Dort sind Sie für den starken Staat. Warum hört Ihr Wunsch auf staatliche Überwachung eigentlich bei Millionären mit Schwarzgeldkonten auf?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ich hoffe, das liegt nicht daran, dass die Spitzenpolitiker der Union wie Frau Merkel und Herr Seehofer politisch der Unterstützung von Herrn Hoeneß sicher sind.

Die Bundeskanzlerin ließ verlauten, sie sei von Herrn Hoeneß enttäuscht. Ansonsten schweigt sie. Dies zeigt, welchen geringen Stellenwert die Fragen von Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit bei der Kanzlerin und der Union haben. Frau Merkel hätte sich ein Beispiel am Bundespräsidenten nehmen sollen, der sehr deutlich gemacht hat, dass Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit ein wichtiger Bestandteil der Demokratie in Deutschland sind.

Wir dürfen es nicht länger zulassen, dass Vermögende – seien sie prominent wie Uli Hoeneß oder nicht – ihr Geld auf Schwarzgeldkonten in Steueroasen verstecken. Deshalb müssen wir auch in NRW wie bisher konsequent gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Hierzu gehört unter anderem auch der Ausbau der Großbetriebsprüfungen. Im Gegensatz zu Bayern sind wir in Nordrhein-Westfalen hier gut aufgestellt. Wenn man den Bericht des Rechnungshofs in Bayern liest, kann man langsam den Eindruck bekommen, dass Bayern eine Art Steueroase in der Bundesrepublik Deutschland ist. Auch damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Um den Kampf gegen Steuerhinterziehung erfolgreich voranzutreiben, müssen wir auch die Steuerfahnder in unserem Land unterstützen. Da halte ich es ausdrücklich für richtig, dass wir auch weiterhin darauf setzen, Steuer-CDs auch in Nordrhein-Westfalen zu nutzen, um den Fahndungsdruck auf Steuerbetrüger aufrechtzuerhalten. Es ist notwendig, dass sich Steuerbetrüger immer der Gefahr bewusst sein müssen, dass Strafverfolger sie erreichen können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Präsident des FC Bayern München hatte gestern im Stadion viel Grund zum Jubeln. Es sei ihm gegönnt, denn es geht nicht um die Person von Uli Hoeneß.

(Lachen von der CDU – Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Es geht nicht um die Person Uli Hoeneß, sondern es geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, darum, dass es Menschen nicht erlaubt sein kann, sich der Finanzierung der staatlichen Leistungen in diesem Land zu entziehen, nur weil sie mehr Geld verdienen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es geht politisch darum, sicherzustellen, dass sich die ehrlichen Steuerzahler in diesem Land nicht betrogen fühlen. Die Landesregierung leistet hierfür einen wichtigen Beitrag. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesem Beispiel endlich zu folgen und etwas für Steuergerechtigkeit in diesem Land zu tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegen von der FDP-Fraktion beginnen Debatten über Steuerabkommen immer mit der Bemerkung: Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung sind keine

Kavaliersdelikte, sondern Verbrechen. – Und sie verurteilen dieses Verbrechen. Ich denke, dieser Maßstab gilt für uns alle. Ihn auszuführen und auf alle anzuwenden, ist nicht nur Aufgabe dieses Parlaments, sondern auch der Bundesregierung und der Landesregierung.

Der Grund, warum ich das vorwegstelle, ist Folgender – ich habe es Ihnen schon mehrfach vorgeworfen, und ich tue es auch in dieser Aktuellen Stunde –: Ich habe den Eindruck, dass Ihre Partei und auch die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag eine Menge dafür tun – ich werde gleich einige beeindruckende Zitate hervorholen –, diesen Grundsatz durch konkrete Taten wieder infrage zu stellen.

(Unruhe)

Der Fall Hoeneß ist Anlass für die heutige Aktuelle Stunde. Es macht Sinn zu gucken: Was wollte der Präsident des FC Bayern München denn machen? Er hatte offenkundig nach eigenen Angaben eine relativ hohe Summe, zumindest für Menschen normalen Maßes, ins Ausland verschafft, namentlich in die Schweiz, hat sich daraufhin jetzt selbst angezeigt und offenkundig höhere Summen nachgezahlt. Das macht deutlich ...

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Nur vom Hörensagen!)

– Das Hörensagen von Herrn Hoeneß. Das finde ich dann schon gut, Herr Kollege. Sie glauben immer noch nicht, dass das, wenn Herr Hoeneß diese Aussage macht, zutreffen könnte? Das ist dann Ihre Interpretation von Rechtsstaatlichkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Hoeneß hat offenkundig mit diesen Millionen gezockt. Müssen wir jetzt mit Herrn Hoeneß Mitleid haben, der möglicherweise krank ist, einer krankhaften Spielsucht nachhängt, eine Zockermentalität hat? Liebe Kolleginnen und Kollegen, das haben wir nicht zu bewerten. Wir haben aber etwas anderes zu bewerten. Dieser Herr Hoeneß war bis vor wenigen Tagen Stichwortgeber

(Christof Rasche [FDP]: Von Herrn Steinbrück!)

sowohl für die CDU als auch für die CSU in wichtigen anderen Fragen. Der Kollege Hoeneß hat unter anderem die sehr erstaunliche Bemerkung gemacht, dass es eine Doofheit wäre, Steuern in Deutschland zu zahlen. Kann sich der Präsident des FC Bayern über den Maßstab der Frage erheben, wo und wie man Steuern zu zahlen hat, oder ist es nicht Aufgabe der Parlamente, diese Frage zu entscheiden?

Herr Hoeneß war auch Stichwortgeber in der Frage, ob eine Erbschaftsteuer sinnvoll ist und – wenn ja – in welcher Höhe. Er wird in der Zeitung zitiert mit den Worten: Es nutzt dem kleinen Mann nichts, wenn eine Reichensteuer in Deutschland eingeführt

wird. – Es wirft doch schon ein großes Schlaglicht auf die Fraktion,

(Christian Lindner [FDP]: Das sagt Herr Kretschmann, der einzige grüne Ministerpräsident, auch!)

die diesen Mann zum Stichwortgeber macht.

(Christian Lindner [FDP]: Was sagen Sie denn zu Herrn Kretschmann in dieser Frage?)

– Herr Lindner, der Obmann im Finanzausschuss des Bundestages, Hans Michelbach, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion – Herr Kollege Zimkeit hat eben darauf hingewiesen, dass die Bayern die geringste Dichte von Steuerfahndern und Betriebsprüfern hat –, wirft der Opposition vor: Statt auf ein ordentliches Abkommen für Steuergerechtigkeit setzt Rot-Grün auf die Zusammenarbeit mit Kriminellen und stiftet diese mit Millionen-Honoraren zum Datendiebstahl an. Eine solche Kumpanei grenzt an organisierte Kriminalität, und das ist Untreue zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. – Dies sagte Kollege Michelbach gestern. Das macht doch deutlich, wie Sie um sich schlagen, wie Sie den Tatbestand der Steuergerechtigkeit mit Füßen treten, die Ursache zur Wirkung und die Wirkung zur Ursache machen. Das kann doch nicht mehr wahr sein!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt konkret zu dem Abkommen. Der Kollege Zimkeit hat zu Recht gefragt, wem das Abkommen nützt. Das Abkommen hätte dazu geführt, dass erstens die Beträge nicht vernünftig versteuert werden, dass zweitens – das ist mir ganz wichtig – wir nur 500 Auskunftersuchen in die Zukunft haben dürften. Wenn also ein Finanzamt einen Verdacht hat, es wären Steuern in der Schweiz hinterzogen worden, dann müssten die die Schweizer Banken höflich fragen. Das ist ein Fall pro Finanzamt. Wissen Sie, wie viele Selbstanzeigen es gegeben hat, nachdem die Steuer-CDs auf den Markt gekommen sind? – 26.000! 26.000 zu 500, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der größte Skandal ist, dass nicht wir, nicht die Presse, nicht die Politiker, sondern die Steuerbehörden, die jeden einzelnen normalen Steuerpflichtigen in Deutschland prüfen, nicht mehr wissen sollen, wie der Geldverkehr in der Schweiz ist. Die dürfen nicht wissen, wie hoch die Steuerpflicht des einzelnen Steuerbürgers ist. Das wollten Sie mit der Schweiz aushandeln, obwohl in Europa kein zweites Land außer Österreich diese Maßstäbe noch vertritt, obwohl die Amerikaner es gegenüber der Schweiz durchgesetzt haben, genau diesen automatisierten Informationsaustausch zu erreichen.

(Unruhe von der CDU und der FDP)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, wollten mit dem Abkommen erreichen – Sie sind ja sehr aufgebracht –, dass Steuerbetrug und Steuerhinterziehung nicht mehr erkennbar sind,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

dass Steuerbetrug und Steuerhinterziehung für den Fiskus nicht mehr nachvollziehbar sind. Sie wollten nicht die kleinen Leute schützen. Sie wollten dafür sorgen, dass das Geschäftsmodell der Schweiz bleibt, nicht mit hohen Zinssätzen – die zahlt die Schweiz gar nicht –, sondern mit dem Geschäftsmodell der Anonymität und ohne dass man nachvollziehen kann, wie hoch die Steuerpflicht des Einzelnen ist. Das wollten Sie im Bundestag durchsetzen. Davor haben wir die Bundesrepublik Deutschland im Bundesrat bewahrt.

Wir wollen ein Steuerabkommen – das will ich hier betonen –, das auf der Basis des FACTA-Abkommens diese Maßstäbe durchsetzt. Wir wollen, dass gerecht Steuern gezahlt werden. Wir wollen auch nicht, dass zu viel gezahlt wird, sondern wir wollen, dass genau das, was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich genauso wie die Besucher auf der Tribüne an Einkommensteuern und Kapitalertragsteuern auf Sicht zu entrichten haben, gezahlt wird.

Alle Vorwürfe, die Sie uns entgegenschleudern, wir wollten auf Steuer-CDs setzen, sind falsch.

Die Steuerbehörden sollen natürlich jede Fahndungsmaßnahme, die notwendig ist, ergreifen. Aber viel besser wäre ein vernünftiges Steuerabkommen. Dazu waren FDP und CDU/CSU im Bundestag weder bereit noch in der Lage. Daher muss das eine neue Bundesregierung im nächsten Jahr erledigen. Und ich setze da auf europäische Einigkeit. Österreich als letztes Land,

(Christian Lindner [FDP]: Genau! Mit Peer Steinbrück!)

das da noch verblieben ist, wird dann auch dazu gezwungen werden müssen – das sage ich mit aller Deutlichkeit –, diese Maßstäbe anzuerkennen. Das gilt in ganz Europa, und das muss auch für Deutschland und die Schweiz gelten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Steuerhinterziehung, so hat der Kollege Mostofizadeh eben zitiert, ist kein Kavaliersdelikt. Darüber sind wir uns hier alle einig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Steuerhinterziehung ist eine Straftat, durch die sich die Täter ihren Pflichten zur Finanzierung unseres Gemeinwesens entziehen. – So ist es auch in die-

sen Tagen an vielen Stellen zu lesen, und so ist es richtig.

Anders ausgedrückt: Steuerhinterzieher wollen, dass für sie andere Spielregeln gelten als für ihre Mitmenschen, nämlich genau die Spielregeln, die sie sich selbst geben. Das geht in einem Rechtsstaat nicht, das ist nicht akzeptabel. Was Herr Hoeneß getan hat, ist nicht akzeptabel!

Wer sich nicht an Gesetze hält, der legt die Axt an an die Grundprinzipien eines solidarischen Miteinanders.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben die Menschen ein ganz feines Gespür. Sie sagen dann: Da stimmt etwas nicht. So geht das nicht. Die können doch nicht einfach machen, was sie wollen. – Deshalb sorgt die öffentlich gewordene Selbstanzeige von Uli Hoeneß zu Recht für so viel Aufregung in unserem Land.

Viele sind enttäuscht, dass ein erfolgreicher Geschäftsmann und Fußballmanager offenbar seinen Beitrag zu unserem Gemeinwesen nicht so geleistet hat, wie es das Gesetz vorschreibt. Klar ist: Wer gegen unsere Gesetze verstoßen hat, muss dafür bestraft werden.

Ich wiederhole: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Aber so mancher Sozialdemokrat in Deutschland führt sich derzeit so auf, als müsste man fast alle Prinzipien des deutschen Rechts außer Kraft setzen, um diesem vermeintlichen oder tatsächlichen Straftäter endlich Herr zu werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Jagd ist eröffnet. Es geht drunter und drüber. Es ist Wahlkampf. Da denkt Herr Poß von der SPD öffentlich darüber nach, die strafbefreiende Selbstanzeige abzuschaffen.

(Beifall von der SPD und Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN])

– Klatschen Sie ruhig! Ich hoffe Ihr Kanzlerkandidat klatscht auch, denn der ist dagegen.

(Beifall und Lachen von der CDU)

Herr Steinbrück hat erklärt, dass er das Instrument der Selbstanzeige behalten will, weil es sich bewährt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Jochen Ott [SPD]: Das stimmt ja gar nicht! Das habe ich doch im Radio gehört!)

– Herr Kollege, könnte es vielleicht sein, dass er sich von Ihnen hat sagen lassen, was er nicht mehr sagen darf?

(Christof Rasche [FDP]: Er sollte doch ehrlich sein!)

Dann scheint das ja ein ganz starker Kanzlerkandidat zu sein.

(Beifall von der CDU)

Ich komme gerne zurück zu Herrn Poß. Denn Herr Poß hat eine ganz tolle Historie bei dem Thema „Steuergerechtigkeit“ hinter sich. Die Volten sind abenteuerlich. Wenn man so lange in Parlamenten sitzt, ist das vielleicht so. Herr Poß hat 2003 dem damaligen Bundesfinanzminister Hans Eichel kräftig Schützenhilfe geleistet, als der eine bisher einmalige Steueramnestie für Steuerflüchtlinge verkündet hat.

(Beifall von der CDU)

Wohlgemerkt: Damals – und deshalb seien Sie bitte mit dem moralischen Zeigefinger, liebe Freunde von Rot und Grün, ein bisschen vorsichtiger – hat Rot-Grün im Bund unter anderem gegen den Widerstand der Union durchgesetzt, eine Steueramnestie zu erlassen, durch die die Steuerhinterzieher nur 25 % für ihr Schwarzgeld bezahlen mussten.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das war einmalig!)

Das war, Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie schon dazwischen sprechen, ein Prinzipienbruch, der für einen Sozialdemokraten nun wirklich sehr bemerkenswert war. Und Sie rechtfertigen das auch noch!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Frau Ministerpräsidentin, auch heute noch fragen sich die Leute: Ist das gerecht? War das gerecht? Darf man Steuerhinterzieher besser behandeln als ehrliche Steuerzahler?

Damals war das für Rot-Grün in Bund und Land offensichtlich überhaupt kein Problem, weder moralisch noch juristisch. Heute überschlagen Sie sich mit Forderungen nach härterem Vorgehen gegen Steuersünder. Ich frage mich wirklich: Ist das glaubwürdig?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Gabriel beispielsweise fordert für den Fall eines Wahlsiegs der SPD im Bund mehr Finanzbeamte zur Bekämpfung des Steuerbetrugs. Das ist eine direkte Aufforderung an Sie, Herr Minister, denn Sie könnten schon heute zusätzliche Beamtinnen und Beamte einstellen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das wäre überhaupt kein Problem. Nur sollten Sie dann darüber nachdenken, wie Sie die bezahlen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es ist nämlich eines der größten Hindernisse einer effektiven Steuerhinterziehungsbekämpfung, wenn

man diejenigen demotiviert, die Steuerbetrug aufklären sollen. Ich nenne da nur die „Nullrunde“!

(Beifall von der CDU und der FDP – Lebhafter Widerspruch von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich komme jetzt zu einem Punkt, der eben schon von einem Kollegen in einem Zwischenruf angesprochen worden ist. Nur einer ist ganz auffällig leise: Das ist Ihr „Mister Kavallerie“. Mister Kavallerie, der Herr mit dem rüden Umgangston, der 2006 ausgerechnet in Uli Hoeneß einen Geistesverwandten gefunden hatte.

(Gordan Dudas [SPD]: Der hat sich doch geäußert!)

Seinerzeit hat sich Herr Steinbrück Herrn Hoeneß als Berater in sein Team geholt und dabei wohl gemeint: Das sind zwei Macher, die sich ergänzen. – Er wollte sich mit ihm schmücken. Und jetzt wollen Sie alle so tun, als wollte er davon nichts mehr wissen und Sie hätten auch nie etwas davon gewusst. Deshalb ist es kein Wunder, dass sich Herr Steinbrück zum Fall Hoeneß so zurückhaltend äußert. Ich kann allerdings schon nicht verstehen, dass sich ein Aufsichtsratsmitglied von Borussia Dortmund ausgerechnet den Bayern-Chef als Berater holt.

Je lauter Sie hier jetzt dazwischenrufen, desto klarer ist Ihre Strategie: Sie wollen wie immer alles in einen Topf werfen und verquirlen – Hauptsache, dabei entsteht ein seltsamer Brei, der nach Ungerechtigkeit riecht und mit dem Sie Wahlkampf machen können.

Steuergerechtigkeit in Deutschland erreicht man nicht dadurch, Herr Minister, dass man alles in einen Topf wirft und dabei unterdrückt, dass man selber die größten Steuererhöhungen in der Geschichte des Landes vorhat. Am liebsten wollen Sie den Leuten sagen: Wir sind für Steuergerechtigkeit. Vergesst mal besser, dass wir mit Euch noch diese ganze Steuererhöhungsorgie anstellen wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist keine ehrliche Steuerpolitik. Das, was Sie hier machen, ist Propaganda. Und die ist als solche auch erkennbar. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Witzel.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt kommt der Libero der FDP!)

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte es sehr wohl

für wichtig, dass in diesem Parlament Konsens darüber herrscht, dass – wie auch von meinen Vorrednern vorgetragen – Steuerkriminalität selbstverständlich kein Kavaliersdelikt ist. Es gehört zum Verständnis dieses Parlaments, zu der Debatte dazu: Steuerstraftaten gehören konsequent verfolgt und geahndet!

Genauso, wie diese Erkenntnis wichtig und richtig ist, gilt für uns: Selbst prominente Einzelfälle dürfen nicht instrumentalisiert werden, um das gesellschaftliche Klima zu vergiften, die Stimmung anzuheizen und

(Beifall von der FDP)

ein Ablenkungsmanöver gegen die massiven Steuererhöhungspläne und Umverteilungsabsichten von SPD und Grünen zu inszenieren, die man im Windschatten umso eleganter meint durchdrücken zu können, je mehr über prominente Einzelfälle im Steuerrecht diskutiert wird. Das geht zulasten der leistungsbereiten Mitte in unserem Land.

Die rot-grüne Pauschalkritik gegen die strafbefreiende Wirkung von Selbstanzeigen ist ebenso populistisch wie die jüngste Ablehnung des Schweizer Steuerabkommens. Denn Selbstanzeigen und Steueramnestieabkommen sind Instrumente, die in den letzten Jahrzehnten in Deutschland von unterschiedlichsten Regierungskonstellationen zur Anwendung gebracht worden sind, und das zumeist nicht mit den Standards, die wir unter der jetzigen schwarz-gelben Bundesregierung zur Verfügung haben.

Aufklärung und Bestrafung von Steuerkriminalität ist wichtig. Prominente Fälle dürfen aber nicht als öffentlicher Pranger fungieren. Deshalb ist das Ziel zu verfolgen, Steuerkriminalität zu ahnden und unterlassene Steuerzahlungen möglichst umfangreich nachzuholen, damit die entsprechenden Einnahmen dem öffentlichen Haushalt nicht länger fehlen und damit für eine größtmögliche Gerechtigkeit zwischen den Steuerzahlern gesorgt wird.

Wir als FDP haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass das auf dem Tisch liegende Steuerabkommen mit der Schweiz aus unserer Sicht nicht perfekt war. Wir haben gesagt, wir würden es gerne nachverhandeln. Aber man muss eben auch das Ergebnis zur Kenntnis nehmen, das es am Ende eines Verhandlungsprozesses gibt, wenn sich mehrere souveräne Staaten miteinander ins Benehmen setzen.

Wir haben deshalb gesagt: Eine Annahme wäre besser gewesen als die rot-grüne Blockade mit der Konsequenz, dass wir jetzt gar keine entsprechende Regelung haben.

(Beifall von der FDP)

Anstatt mit fragwürdigen Methoden der Datenbeschaffung und Kommissar Zufall spektakuläre Einzelfälle zu heben, wäre aus unserer Sicht in der Abwägung eine dauerhaft sichere, einheitliche und

im Betrag höhere Besteuerung in der Sache objektiv vorteilhaft gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Ehrlichkeit dieser Debatte gehört auch, dass FDP und CDU in dieser Bundesregierung dafür gesorgt haben, dass die Möglichkeiten zur strafbefreienden Selbstanzeige reduziert und sachgerechter ausgestaltet wurden, und zugleich einen Strafzinssatz festgesetzt haben, damit sich kein entdeckter Steuerflüchtling besserstellen kann als der steuererhörliche Bürger.

Deshalb fordere ich Sie als rot-grüne Landesregierung auf, zuerst einmal die Widersprüche zu Ihren Bundestagsfraktionen zu klären. Gestern hat SPD-Fraktionsvize Joachim Poß zusammen mit Grünen-Abgeordneten ein Interview bei der dpa gegeben und dabei Steueramnestieregelungen kritisiert. Er sagte – Zitat –: Es gibt keinen ernsthaften Beleg dafür, dass die steuerbefreiende Selbstanzeige Steuerhinterziehung verhindert und reuige Sünder produziert.

Was sagt eigentlich Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen seit Sommer letzten Jahres, seit ihrer Steuer-CD-Inszenierung, zu diesem Thema? Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans äußert in einer Pressemitteilung vom 18. Juli 2012 – Zitat –:

„Bürgerinnen und Bürger, die Steuern hinterzogen haben, können sich unter bestimmten Bedingungen selbst anzeigen und damit eine Strafverfolgung vermeiden.“

Einen Monat später, am 16. August 2012, weist der Finanzminister ebenfalls in einer Pressemitteilung ausdrücklich darauf hin, dass auch die Steuer-CD-Käufe dieses Instrument nicht ungültig machen. Dort heißt es: „Die Regeln über die strafbefreiende Selbstanzeige gelten auch nach Datenankäufen.“

Und vor etwas über einem Monat, am 14. März 2013, lautete eine Pressemitteilung Ihres Hauses, Herr Minister:

„Bürgerinnen und Bürger, die Steuern hinterzogen haben, können sich selbst anzeigen und damit eine Strafverfolgung vermeiden.“

Sie werben seit Langem offensiv für dieses Instrumentarium. Und jetzt soll das alles über Nacht des Teufels sein. Das ist keine glaubwürdige Politik.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir hier bei Glaubwürdigkeit sind: Wer hat denn, bevor die jetzige schwarz-gelbe Bundesregierung im Amt war, elf Jahre lang Finanzpolitik in Deutschland verantwortet? Das waren doch SPD-Finanzminister. Was hat denn Herr Eichel im Jahr 2003 gemacht? Da gab es einmal pauschal 25 %, nach allem anderen ist nicht mehr gefragt worden! Das ist doch Ihre Gesetzgebung gewesen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es waren SPD-Finanzminister, die mit Unterstützung der Grünen diese Politik betrieben haben.

Deshalb sagen wir, dass es Sinn macht, sich sachgerecht mit dem Steuerabkommen mit der Schweiz auseinanderzusetzen, nach der Bundestagswahl auf eine Versachlichung der Debatte zu hoffen und nüchtern zu prüfen, was an dieser Stelle noch geht. Wir halten entsprechende Regelungen für wünschenswert, auch wenn sicherlich bei vielen Details noch das eine oder andere nachzuverhandeln ist.

Das, was auf dem Tisch lag, ist bei einem Bemessungskorridor von 21 bis 41 % der Vermögenssubstanz und nicht nur der Erträge nicht nur nichts gewesen, denn es enthielt ein garantiertes Mindestaufkommen und die Möglichkeit, jährlich 650 Stichproben zu machen. Da lag also schon einiges auf dem Tisch, was man sinnvollerweise prüfen sollte.

Ein Letztes: Zu einer ehrlichen Debatte gehört auch, Herr Finanzminister, dass Sie hier beim Thema „Transparenz und Steuerflucht ins Ausland“ mal darüber aufklären, wie es eigentlich mit den Aktivitäten der früheren Landesbank WestLB aussah. Was hat die eigentlich in ihrer Niederlassung Luxemburg gemacht? Wie waren die Aktivitäten in Offshore-Steuerparadiesen? Dazu findet man sehr interessante Anlegerinformationen im Internet, die auf die Spur zu den Cayman Islands weisen.

Ich glaube, zu einer ehrlichen Debatte gehören all diese Punkte dazu. Es sollte nicht nur Rosinenpicken an einer Stelle geben, wo man sich selbst eine hohe Emotionalisierung verspricht. Diese ehrliche Debatte wollen wir führen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Piraten hat Herr Kollege Stein das Wort.

Robert Stein (PIRATEN): Wertes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer hier auf der Tribüne! Liebe Menschen im Stream! Um es gleich vorwegzunehmen – wir haben das hier heute schon in eigentlich allen Redebeiträgen gehört –: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliärsdelikt. Steuerhinterziehung ist eine Straftat und gehört rigoros verfolgt.

Insofern ist der Fall Hoeneß nicht so einfach zu entschuldigen. Dass er Steuern hinterzogen hat, davon müssen wir nun ausgehen, wenn die Medienberichte stimmen. Er hat ja umgehend bereitwillig Steuern in Millionenhöhe nachgezahlt. Insofern gibt es dort auch klare Indizien.

Wer jetzt aber behauptet, es sei gut, dass das Steuerabkommen mit der Schweiz gescheitert sei, der sollte zumindest zur Kenntnis nehmen, dass die Nachzahlung im Fall eines existierenden Steuerabkommens, wie es von der Bundesregierung vorgeschlagen worden ist, viel höher ausgefallen wäre, als nun geschehen.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wem es also ehrlicherweise um die Staatseinnahmen geht, der sollte dieses Thema nicht hämisch populistisch für den Wahlkampf ausschlichten.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Ich zitiere aus dem Antrag:

„Der Fall Hoeneß zeigt, anonymisierte Pauschalnennungen gegen Abschlagszahlungen sind und bleiben der falsche Weg ...“

Diese Annahme bleibt zunächst unabhängig davon, ob wir das schlecht oder gut finden, jeden Beweis schuldig. Ein Steuerabkommen mit der Schweiz würde alle Schwarzgeldkonten und alle legalen Konten gleichermaßen betreffen – ohne Ausnahme. Im jetzigen Zustand trifft es hingegen mal den einen, mal den anderen. Herr Witzel hat es gerade „Kommissar Zufall“ genannt. Mit Steuergerechtigkeit hat das meiner Meinung nach nun wirklich nicht viel zu tun.

Daher fordere ich, dass man sich nun wirklich um ein neues Steuerabkommen bemüht, gerne mit nicht anonymisierten Nachzahlverfahren, am besten auf gesamteuropäischer Ebene – das würde auch der Schweizer Botschafter, Herr Guldemann, gerne sehen –, um dem Fiskus ein bestmögliches Ergebnis zu verschaffen.

Öffentlichkeitswirksame Pranger, Scheiterhaufen 2.0, Belohnung von Denunziantentum, wie wir es hier gerade erleben – das alles halte ich persönlich für den absolut falschen Weg.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Auch das sei hier noch einmal klargestellt: Steuerhinterziehung muss selbstverständlich verfolgt und verhindert werden, und zwar rigoros. Klar ist jedoch auch, dass Uli Hoeneß dieselben Rechte hat wie jeder andere Bürger.

Zumindest mir – ich hoffe, nicht nur mir – drängt sich die Frage auf, wie die Causa Hoeneß überhaupt an die Öffentlichkeit gelangen konnte. Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, dass Herr Hoeneß diese Information freiwillig an die Presse weitergegeben hat. Wo bliebe in diesem Fall das Recht auf informationelle Selbstbestimmung? Wo ziehen Regierungen bei schützenswerten Interessen auch potenzieller Straftäter und Steuerhinterzieher die Grenzen? Hoeneß könnte doch gleich-

ermaßen bestraft werden, ohne dass seine Causa öffentlich ausgeschlachtet wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich überhaupt nicht verheimlichen, dass wir schon damals bei den Steuer-CD-Ankäufen vor fehlendem Datenschutz gewarnt haben. Jetzt zeigt sich unabhängig davon, ob Hoeneß-Daten auf einer CD sind oder nicht, dass in der Folge eines gescheiterten Steuerabkommens weiterhin der Weg der strafbefreienden Selbstanzeige gewählt wird und der Schutz der persönlichen Daten nicht gewährleistet ist. Das haben wir kritisiert.

(Beifall von den PIRATEN)

Daher möchte ich einfach mal untersucht wissen, wie diese Information von wem an die Öffentlichkeit getragen worden ist. Vielleicht erfahren wir dazu ja noch mehr.

Datenschutz ist ein hohes Gut. Dafür stehen wir ein. Es ist absolut ernst zu nehmen, auch wenn es in dieser polemischen Debatte zum vorliegenden Fall unpopulär sein mag.

Ein bisschen Polemik kann ich aber auch. Stellen wir doch auch mal fest, dass sich Peer Steinbrück in seiner Zeit als Bundesfinanzminister höchstpersönlich von Hoeneß hat beraten lassen. Das haben wir ja gerade auch schon gehört.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Laut Steinbrück-Sprecher – das war den Medien zu entnehmen – ging es dabei aber gar nicht um Steuer- oder Finanzangelegenheiten. Aha! Der Bundesfinanzminister lässt sich in seinem Ressort von Uli Hoeneß, dem potenziellen Steuerhinterzieher, beraten – aber es geht nicht um die Themengebiete seines Ressorts.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Da war er kein potenzieller Steuerhinterzieher!)

– Ja nun, aber heute ist es so. Er hat da aufs falsche Pferd gesetzt; so ist es nämlich. Auch mit seiner Kavallerie hat er aufs falsche Pferd gesetzt. Sein Motto ist wahrscheinlich: Regieren mit Tieren.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Oder wie müssen wir das verstehen, wenn die Kavallerie hier einreiten soll?

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Das, Frau Kraft, hatten wir schon mal.

(Beifall von den PIRATEN)

Lassen Sie mich das bitte zu Ende bringen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Worum ging es denn dann in den Gesprächen? Da bleibt Herr Steinbrück Antworten schuldig. Es scheint mir auch wenig glaubwürdig, wenn man jetzt erfährt, worüber da nicht beraten worden ist. Das ist auch gar nicht die Frage. Die Frage ist doch: Worüber wurde beraten? – Da muss Peer Steinbrück Antworten liefern.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Was für ein Schwachsinn!)

Höchst interessant ist ja auch der Umstand, dass Uli Hoeneß, wie wir regelmäßig aus Talkshows und Interviews erfahren dürfen, nicht gerade zu denen gehört, die sich für mehr Staat einsetzen, sondern eher für weniger. Das liegt wohl auch an seiner unternehmerischen Expertise. Das möchte ich hier jetzt auch nicht politisch bewerten.

Aber das Wahlprogramm der SPD – da kommen wir doch nicht drum herum – mit Steinbrück an der Spitze, das jetzt gerade vorliegt, fordert doch deutlich mehr Staat.

Jetzt müssen wir noch mal festhalten: Der Bundesfinanzminister seinerzeit ließ sich also von einem natürlich erst heute bekannten potenziellen Steuerhinterzieher, der für weniger Staat eintritt, beraten. Und eine Legislaturperiode später tritt dieser Bundesfinanzminister als Kanzlerkandidat für eine Partei an, die mehr Staat fordert. Das geht für mich einfach nicht zusammen. Das ist nicht glaubwürdig. Da sieht man, dass Ihr Kanzlerkandidat schlichtweg ein Wendehals ist.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Zuletzt müssen wir auch mal ganz deutlich betonen: Peer Steinbrück saß doch jahrelang da, wo man die Steuergesetzgebung hätte beeinflussen können. Warum hat er es denn damals nicht getan?

(Beifall von der CDU)

Dass Sie heute mit dieser Debatte auftauchen, das ist pure Polemik, das ist purer Populismus.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Jetzt will ich meinen polemischen Teil hier an dieser Stelle aber auch beenden. Ich habe ja gesagt, dass ich das durchaus polemisch meine. Damit müssen Sie jetzt einfach leben.

Ich möchte zu guter Letzt resümieren: Steuerhinterziehung ist und bleibt kein Kavaliersdelikt und muss rigoros geahndet werden. Die Ausschlichtung als populistisches Wahlkampfthema lehne ich im Prinzip ab. Das Recht auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung muss gewahrt bleiben. Die Causa Hoeneß erfährt auch ohne Öffentlichkeit in einem funktionierenden Rechtsstaat Gerechtigkeit. Dafür brauchen wir nicht diese mediale Ausschlichtung, auch nicht forciert im Wahlkampf durch Ihre Parteien.

(Beifall von der CDU)

Der Scheiterhaufen 2.0, das ist das, was ich hier ablehne. Lassen Sie uns in NRW bitte über ein neues Steuerabkommen diskutieren. Das sei abschließend gesagt: Wir Piraten haben das nach dem Scheitern des alten Steuerabkommens schon lange gefordert. – Danke sehr.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stein. – Für die Landesregierung spricht der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was Herr Stein hier zum Besten gegeben hat, muss man erst mal verdauen.

(Beifall von der SPD)

Das ist der Mandžukić der Steuerdiskussion. Der ist gleichzeitig vorne und hinten, er verteidigt, er greift an – aber er weiß am Ende nicht mehr: Ist er für Transparenz, ist er dagegen? Ist er für Veröffentlichung oder nicht?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ehrlich gesagt: Damit kann man gar nichts anfangen. Tut mir leid!

(Beifall von der SPD)

Wenn ich mir heute angucke, was die Opposition zum Besten gibt, muss ich insgesamt sagen: Das war vorhersehbar. Man muss sich auch heute nur die Kommentare in den Zeitungen angucken. Da steht drin: Ablenkungsmanöver. – Da steht drin: Blendgranaten. – Es war vollkommen klar: In dieser panischen Situation, in die Sie dieser Fall gebracht hat, bleibt Ihnen nichts anderes,

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

als zu suchen, wie Sie noch irgendeine andere Verknüpfung hinkriegen.

Dann heißt es: Hätten wir doch das Steuerabkommen unterzeichnet. Dann hätten wir jetzt nicht den Einzelfall, sondern den Schwarm. – Wenn man sich anguckt, wer das in den letzten Tagen wortgleich gesagt hat, Menschen, von denen man weiß, dass sie noch nie in dieses Abkommen geguckt haben, dann muss man doch ganz klar sagen: Da ist eine Durchhalteparole ausgegeben worden. Jetzt muss man da durch. Jetzt muss man gucken, wie man den Eichel und den Steinbrück noch da reinkriegt. Dann muss ein Steinbrück vorher gewusst haben, dass hinterher bei einem, der sich überall als Saubermann hingestellt hat, herauskommt, dass er um die Steuer betrogen und die Gemeinschaft beschissen hat. – Es tut mir leid, es so zu sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was für ein hilfloser Versuch, zu verbergen, was hier wirklich vonstattengegangen ist! Sie sind bis auf die Knochen blamiert. Das ist es doch, worum es geht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dabei ist „Blamage“ noch gelinde ausgedrückt. Man muss sagen: Uli Hoeneß hat Sie enttarnt. Das ist es doch, was passiert ist.

(Zurufe von der CDU)

Mit seinem Geständnis, dass er auf das Inkrafttreten des Abkommens gewartet hat, ist doch die Motivation, die dahintersteht, deutlich geworden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ging doch gerade darum, dass millionenschwere Steuerbetrüger sich reinwaschen konnten gegen einen Sonderrabatt, gegen eine Ablasssumme und dann auf der sicheren Seite waren. Dafür haben doch die Lobbyisten auf beiden Seiten, der der Steuerhinterzieher und der der Banken, gesorgt.

(Beifall von der SPD)

Gleichzeitig war dieses Abkommen ein Signal an jene, die noch nicht so weit waren, aber jetzt wissen konnten: Demnächst kann ich wieder ungestört Geld in die Schweiz transportieren, weil nämlich sichergestellt ist, dass ich zwar die schlechten Zinsen, die ich kriege, versteuern muss, aber das, was ich vorher an Einkommensteuer hinterzogen habe, im Dunkel der Anonymität und des Schweizer Bankgeheimnisses wieder so verstecken kann, dass keiner drauf kommt.

(Beifall von der SPD)

Dann vergessen Sie natürlich auch noch, dazusagen, dass dieses Abkommen auch die Möglichkeit geboten hätte, das Geld erst mal noch ein Jahr in andere Länder zu bringen oder auf Anlagefonds, die von dem Abkommen überhaupt nicht erfasst worden wären.

Jetzt möchte ich gerne mal zitieren, was im ersten Artikel dieses Abkommens steht. Da muss man sich doch fragen: Hat man sich da so über den Tisch ziehen lassen oder war Absicht dahinter? Da steht nämlich:

„Die Vertragsstaaten sind sich einig, dass die in diesem Abkommen vereinbarte bilaterale Zusammenarbeit in ihrer Wirkung dem automatischen Informationsaustausch im Bereich der Kapitaleinkünfte dauerhaft gleichkommt.“

Das ist doch der Gipfel des Zynismus, dass das ein automatischer Informationsaustausch wäre. CD-Kauf verboten, Nachforschung eingeschränkt, Bankgeheimnis erhalten, Anonymität gewährleis-

tet – und das kriegt dann den Stempel „automatischer Informationsaustausch“.

Uli Hoeneß wäre wie Tausende andere nicht entdeckt worden. Das kann ich Ihnen sagen. Möglicherweise hätte er in der Anonymität einen Betrag bezahlt. Aber er hätte dann auch in den Talkshows weiter den Saubermann in dieser Republik spielen können.

(Christian Lindner [FDP]: Jetzt kommt es raus!)

Was ich damit sagen will: Es ist ja gar kein Einzelfall. Es ist ein Prominenter. Uli Hoeneß ist zu behandeln wie jeder andere auch. Aber er ist nicht wie jeder andere. Er ist jemand, der in Talkshows gesessen und Vorgaben gemacht hat, wie diese Republik zu funktionieren hat und was alles nicht funktioniert. Und jetzt kommt heraus: Er gehört genauso wie viele andere der Honoratioren, um die es in diesem Fall, bei diesem Delikt geht, zu denjenigen, die sich feiern lassen und dann, wenn die Scheinwerfer aus sind, ihre Koffer packen und in die Schweiz fahren, um dort ihr Geld anzulegen. Darum geht es doch.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und das sind nicht selten gerade diejenigen, die wissen müssten, was dieser Staat durch die Infrastruktur für sie getan hat, was er dafür getan hat, damit sie selber eine Ausbildung und ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, was er dafür getan hat, damit es öffentliche Sicherheit und Zusammenhalt in diesem Land gibt, dass das die Grundlage dafür war, dass sie dieses Vermögen überhaupt erzielen konnten und dass sie werden konnten, was sie geworden sind.

Und diese Klientel sollte durch das Abkommen geschützt werden. Diese Vereinbarung mit der Schweiz sollte wieder Ruhe herstellen. Die Sorge, durch die Steuer-CDs entdeckt zu werden, musste abgestellt werden. Das haben wir immer wieder gesagt. Aber das war zu theoretisch. Jetzt hat das Ganze ein Gesicht bekommen. Jetzt haben CDU, CSU und FDP doch erkennbar Feuer unter dem Dach. Jetzt geht es um Schadensbegrenzung und darum, einen Flächenbrand zu verhindern. Deshalb versuchen Sie jetzt, den Spieß umzudrehen und immer wieder zu gucken, wen Sie noch hineinziehen könnten. Sie fragen, wer schon einmal neben Uli Hoeneß gesessen oder ihm sogar die Hand gegeben hat, weil das doch jemand gewesen sein muss, der mit ihm unter einer Decke gesteckt hat.

Mein dringender Rat an Sie ist: Unterlassen Sie den Versuch, den Menschen vorzumachen, das gescheiterte Abkommen wäre ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit gewesen. Wenn es Ihnen mit dem Satz, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliärsdelikt ist, wirklich ernst ist, dann machen Sie Nägel mit Köpfen und sorgen Sie dafür, dass die Bundesregierung in Panik nicht nur automatischen

Informationsaustausch an allen Ecken und Enden verspricht, weil sie ihre Glaubwürdigkeit verspielt hat. Sorgen Sie vielmehr dafür, dass sie wirklich etwas unternimmt.

Bei dieser Klientel – das muss man wissen – sucht man nicht nach einer Win-win-Lösung. Die ist immer am schönsten. Eine solche Lösung gibt es an dieser Stelle aber nicht. Es gibt nicht „ein bisschen Steuerbetrug“. Diese Klientel reagiert nur, wenn sie fürchten muss, aufzufliegen. Wenn das mit flächendeckenden Abkommen zu gewährleisten ist, dann ist das allemal besser als der Kauf einer CD, aber auch nur dann.

Sie versuchen jetzt auf Bundesebene im Kleingedruckten des Jahressteuergesetzes selber wieder neue Lücken zu öffnen. Die FDP hat die Cash GmbH für reiche Erben, die ihr Geld verschieben wollen, doch gerade wieder in das Gesetz hineingedrückt. Sie machen neue Versuche. Sie wollen nicht verhindern, dass Vermeidung der Grunderwerbsteuerzahlung bekämpft wird. Sie kommen wieder mit der Verkürzung von Aufbewahrungsfristen, damit das Beweismaterial noch vor der Verjährung vernichtet werden darf.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie reden davon, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt ist. Ich kann Ihnen nur sagen: Im Fall von Uli Hoeneß haben jetzt die Staatsanwälte und dann gegebenenfalls die Gerichte das Wort. Was im konkreten Fall dabei herauskommt, das wissen wir nicht. Ich weiß allerdings eines, und das weiß ich sicher: Wenn Uli Hoeneß darauf angesprochen worden wäre, dass eine Politikerin oder ein Politiker in der gleichen Situation als Allererstes den Rücktritt ausgeschlossen hätte, hätte er gesagt: Das ist ganz typisch, die kleben an ihren Sesseln.

Deswegen sage ich dazu nur: Das muss er selber entscheiden. Aber im Herbst müssen die Menschen entscheiden, ob Sie diese durchsichtige Klientelpolitik, die Sie bei diesem Thema betreiben, weitermachen dürfen oder nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Ich habe zwei Anmerkungen zu machen.

Der Finanzminister hat seine Redezeit um 1:28 Minuten überzogen. Das ist im Rahmen der Aktuellen Stunde nicht immer ganz einfach, denn eigentlich debattieren wir in festgelegten Runden. Gleichwohl werden wir in der zweiten Runde bei den Fraktionen entsprechend großzügig sein und die Redezeiten entsprechend heraufsetzen.

Herr Finanzminister, bei allem Verständnis dafür, dass man in einer Debatte umgangssprachliche Redewendungen verwendet, die einem im normalen Leben locker über die Lippen gehen: Wenn Sie sich

im Bereich der Fäkalsprache bewegen, muss ich auch Ihnen eine **nichtförmliche Rüge** aussprechen. Wofür, das können Sie später im Protokoll nachlesen.

Der nächste Redner für die Fraktion der CDU ist Herr Kollege Möbius.

Christian Möbius (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt vor allem durch den bevorstehenden Bundestagswahlkampf gekennzeichnet. Es ist also kein Wunder, dass Sachargumente billigem Populismus weichen müssen. Die Rede des Finanzministers war das beste Beispiel dafür.

(Beifall von der CDU)

Und dies bei einem Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen, das die Menschen in ganz Deutschland bewegt und das an den Stammtischen im ganzen Land eifrig diskutiert wird!

Ich bin übrigens froh, dass sich die Spieler des FC Bayern München gestern von diesem Thema nicht haben anstecken lassen. Und ich hoffe, die Dortmunder lassen sich heute bei den Themen, die sie bewegen, ebenfalls nicht anstecken.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Doppelmoral kennt bei diesem Thema keine Grenzen. Keine Frage – darauf haben alle Redner am heutigen Tage hingewiesen –: Steuerhinterziehung ist eine schwere strafbewehrte Verfehlung. Aber es grenzt an Heuchelei, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ausgerechnet dieser Finanzminister in Talkshows, in Interviews und auch in der Rede am heutigen Tag den moralischen Zeigefinger hebt und den offenbaren Rechtsverstoß im Fall Hoeneß brandmarkt.

Herr Finanzminister, wer wie Sie dreimal binnen kürzester Zeit vom Verfassungsgericht einen Verstoß gegen die Verfassung bescheinigt bekommt, hat das Recht verloren, den Moralapostel zu spielen!

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Lächerlich!)

Wer fortlaufend das höchste Recht in Nordrhein-Westfalen missachtet und dieses vom Verfassungsgericht um die Ohren gehauen bekommt, hat das Recht verwirkt, sich zum Richter über Verfehlungen aufzuschwingen!

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Das ist lächerlich!)

Das sollte mit gutem Recht der Justiz überlassen bleiben.

Liebe Kollegen und Kollegen, schauen wir doch mal zurück – das ist eben schon angedeutet worden –, was SPD und Grüne unter Steuergerechtigkeit verstanden haben, als die rot-grüne Bundesregierung in Berlin regiert hat.

Unter Bundesfinanzminister Eichel gab es die großzügigste Steueramnestie in der Geschichte der Bundesrepublik. Wer sich im Jahr 2004 unter Rot-Grün zur Offenlegung illegaler Gelder entschlossen hat, ging vollkommen straffrei aus und musste lediglich 25 % Steuern bezahlen, also einen Satz, der weit unter dem normalerweise geltenden Tarif lag. Die Krönung des Ganzen war – das ist eben noch nicht angesprochen worden –, dass nicht der gesamte Betrag versteuert werden musste, sondern nur 60 % der offengelegten Summe nachträglich versteuert werden mussten.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Das, meine Damen und Herren von Rot-Grün, verstehen Sie unter Steuergerechtigkeit. Sie haben 2004 eine beispiellose Amnestie für Steuerbetrüger eingeführt. Sie haben Steuerhinterzieher gegenüber den ehrlichen Steuerzahlern deutlich bessergestellt. Da sind Sie jetzt die Falschen, um sich als Kämpfer für Steuergerechtigkeit zu profilieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dem deutsch-schweizerischen Steuerabkommen, das im Bundesrat gescheitert ist, wären 21 bis 41 % des Kontovermögens in der Schweiz an den deutschen Fiskus abgeführt worden. Im Erbschaftsfall wären sogar 50 % des Kapitals an den Staat überwiesen worden.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Darüber hinaus wären nach dem Abkommen die Kapitalerträge demselben Besteuerungssystem und derselben Steuerhöhe unterworfen worden, wie es bei der Abgeltungsteuer in Deutschland geschieht.

Auch wären in den ersten beiden Jahren 1.300 verdachtsunabhängige Stichproben bei Schweizer Banken, um Steuersünder aufzuspüren, möglich gewesen. Damit hätte es weiterhin ein unkalkulierbares Entdeckungsrisiko für Steuersünder gegeben.

Das sind die Fakten, denen Sie sich verweigert haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach Schätzung der Experten hätte der deutsche Fiskus einen spürbaren Milliardenbetrag aus den Einmalzahlungen erwarten können. Hinzugekommen wären jährliche Steuerzahlungen aus den Erträgen im dreistelligen Millionenbereich. Diese Beträge wären allesamt den Bundesländern zugeflossen. Gerade in Nordrhein-Westfalen wären diese Gelder wahrlich dringend gebraucht worden.

Doch SPD und Grüne haben das Steuerabkommen im Bundesrat scheitern lassen und setzen damit weiter auf den Ankauf von gestohlenen Daten. Nur am Rande sei erwähnt, dass es rechtsstaatlich durchaus bedenklich ist, wenn der Fiskus als Hehler gestohlener Daten in Erscheinung tritt.

(Widerspruch von der SPD)

Keineswegs so erfolgreich ist der Ertrag, der aus der Auswertung der CDs gewonnen wird. Laut Mitteilung des Finanzministeriums waren es für Nordrhein-Westfalen gerade einmal rund 70 Millionen €. Angesichts einer Anzahl von über 300 Kreditinstituten in der Schweiz ist der Ankauf von sechs Steuer-CDs nicht gerade üppig. Ein Großteil des Vermögens und viele Steuersünder bleiben somit unentdeckt.

Höchst unterschiedlich ist auch die Qualität der angekauften Datensätze. Nicht bei jedem Konto in der Schweiz handelt es sich um ein Schwarzgeldkonto. Gleichwohl sind auch diese Konten auf den CDs.

Und ob es noch viele CDs mit Namen deutscher Anleger gibt, ist durchaus fraglich. Denn Schweizer Banken haben ihre Computersicherheit nach den ersten Datendiebstählen erheblich verbessert, und ein Kopieren von Kundendaten ist nicht mehr so leicht möglich.

Das größte Manko ist aber: Mit dem Ankauf von Steuer-CDs erwischen Sie nur Einzelfälle, während die große Masse der Steuerbetrüger ungeschoren bleibt.

(Beifall von der CDU)

Sie erwischen den Zierfisch, aber der Fischschwarm schwimmt davon.

Meine Damen und Herren, wir halten das für den falschen Weg.

Noch eines: Wer sich mit der Materie ein bisschen auskennt, dem kann doch nicht entgangen sein, dass führende Steuerrechtler und Steuerstrafrechtler noch kurz vor dem Scheitern des Steuerabkommens ihren Mandanten zur Selbstanzeige beim deutschen Finanzamt geraten haben. Warum haben die das wohl gemacht? – Ich kann es Ihnen sagen. Die strafbefreiende Selbstanzeige wäre in vielen Fällen billiger gewesen, als die Folgen dessen, was in dem deutsch-schweizerischen Steuerabkommen vereinbart wurde.

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Lindner [FDP]: So ist das! – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Frau Ministerpräsidentin, Sie können gerne eine Zwischenfrage stellen. – Die „FAZ“ hat im Zusammenhang mit der Selbstanzeige von der preiswerteren Fahrkarte in die Straffreiheit gesprochen.

Nein, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, die Blockade des Steuerabkom-

mens im Bundesrat war falsch und ist ausschließlich dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf geschuldet.

(Beifall von der CDU)

Gerechtigkeit wäre gewesen, allen Steuerbetrügern so viel Geld wie möglich abzunehmen. Nur das hätte ihnen wehgetan. Das hat Rot-Grün verhindert;

(Beifall von der CDU)

diese Chance hat Rot-Grün vertan. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Möbius. – Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Kollege Möbius: Es ist schon erstaunlich, dass Sie in Ihrem Manuskript offensichtlich feststehend den polemischen Verlauf der Debatte aufgeschrieben haben, obwohl Sie beim Abfassen des Manuskripts überhaupt noch nicht wissen konnten, wie die Debatte verläuft. Das zeigt schon, mit welcher Strategie Sie in die heutige Debatte gegangen sind. Darauf will ich gerade nicht eingehen, sondern mich der Sache zuwenden, was Ihnen schwergefallen ist.

Noch eine Replik zu Herrn Kollegen Stein – das müsste es dann mit den Piraten aber auch schon gewesen sein –: Dass ausgerechnet die Piraten den Scheiterhaufen 2.0 ablehnen, das wäre mir wirklich neu. Sie beweisen jeden Tag, dass der Scheiterhaufen 2.0 überhaupt da ist. Das haben wir von Ihnen gelernt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von den PIRATEN: Von uns nicht!)

Insofern ist es nicht besonders glaubwürdig, dass Sie sich heute in der Republik zum Hoeneß-Verteidiger aufschwingen.

Bisher habe ich von allen Rednern der Opposition gehört, Steuerhinterziehung sei kein Kavaliersdelikt. Es kommt mir ein bisschen so vor, als müssten Sie sich durch die Wiederholung dieses Mantras erst einmal selbst vergegenwärtigen, dass das tatsächlich so ist. Ich kann Ihnen bestätigen: Das ist so. Aber noch mehr. Deswegen sollten wir nach vorne schauen und überlegen: Was müssen wir eigentlich tun? Es geht nämlich nicht nur darum, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt ist, sondern Steuerhinterziehung ist eine schwere Straftat.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] und Norbert Römer [SPD])

Der Bundesgerichtshof sagt eindeutig: Ab 1 Million € an hinterzogenen Steuern geht man ins

Gefängnis. In diesen Dimensionen sind wir hier und nicht auf der Ebene irgendwelcher Kavaliersdelikte. Das sollten wir in keiner Weise verharmlosen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das haben die Rednerinnen und Redner im Kontext dessen, was sie gesagt haben, schon getan.

Wir sollten uns also überlegen: Was ist jetzt, hier und heute, und für die Zukunft zu tun? – Da kann doch nach dem heutigen Tage nur feststehen: Das, was Thomas Eigenthaler, der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, als Anonymitätsabkommen bezeichnet, darf keinesfalls in Kraft treten. Es war schlecht verhandelt; es wäre schlecht für die Staatskassen gewesen; es wäre schlecht für die Steuermoral gewesen. Deswegen sind wir stolz darauf – mit ganz breiter Brust –, diesen Murks verhindert zu haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es muss – das ist unsere erste Forderung in die Zukunft – ein neues Steuerabkommen verhandelt werden, das mindestens den FATCA-Maßstäben entspricht. Darauf haben die Kollegen Zimkeit und Mostofzadeh schon hingewiesen. Ich will es nur noch mal in aller Deutlichkeit wiederholen.

Aber wenn Sie, Herr Kollege Möbius und Herr Kollege Optendrenk, tatsächlich noch einmal deutlich machen wollten, dass das aktuelle, von uns abgelehnte Steuerabkommen richtig und so viel günstiger für den Staat gewesen sei, will ich es noch mal auf diesen Punkt bringen: Erklären Sie uns doch, warum Uli Hoeneß in den letzten Tagen auf sich bezogene Zitate in der Zeitung unwidersprochen hat stehen lassen, nach denen er sinngemäß sagt: Ich wollte das Steuerabkommen abwarten, bevor ich eine Selbstanzeige einreiche? – Hoeneß muss im Übrigen selbst entscheiden, wie er mit alten Äußerungen wie – Zitat – „Mir ist es egal, ob ich 20, 50 oder 100 % Steuern zahle; mir geht es um die kleinen Leute“ umgehen will. Das ist sein Problem; damit müssen wir uns nicht beschäftigen. – Mit dieser Einlassung bezogen auf das Steuerabkommen und die Selbstanzeige hat er doch dokumentiert und in schonungsloser Offenheit das klargelegt, was Herr Minister Walter-Borjans Ihnen als Blamage um die Ohren gehauen hat: Uli Hoeneß hat für sich eine ganz rationale Abwägung getroffen.

(Zuruf von der FDP)

Ergebnis dieser rationalen Abwägung des selbstanzweigenden Uli Hoeneß war: Für mich, für Uli Hoeneß, ist Steuerabkommen besser als Selbstanzeige! – Das ist das, was wir von ihm lernen, und das, was Sie sich entgegenhalten lassen müssen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In der Tat gilt – auch das hat der Minister gerade in seiner sehr präzisen Darlegung dessen, was Sie beschließen wollten, aufgezeigt –: Ein Jahr hätten

die Beteiligten Zeit gehabt, für sich noch andere Auswege zu finden, wenn das Steuerabkommen in Kraft getreten wäre. – Das kann doch nicht richtig sein. Nach diesem Abkommen wäre es zwingend so gewesen, dass die Ehrlichen die Dummen sind. Deswegen lehnen wir es nach wie vor mit aller Entschiedenheit ab.

Des Weiteren folgt daraus, dass wir, solange sich die Rechtslage nicht durch neue internationale Abkommen verbessert, auch weiterhin Steuer-CDs ankaufen müssen und werden, wenn sie denn zu ordentlichen Konditionen angeboten werden.

Das ist übrigens eine Praxis, die noch bis vor kurzer Zeit völlig unstrittig mit den anderen Bundesländern und übrigens auch mit dem Bundesfinanzministerium so abgestimmt war. Warum Sie heute glauben machen wollen, dass Herr Schäuble immer schon ein strikter Gegner des Ankaufs von Steuer-CDs gewesen sein will, entbehrt jeder Grundlage. Wir halten es für den richtigen Weg, solange es keine bessere Situation gibt. Mit bezahlt haben es die anderen ja auch noch, und das war auch in Ordnung so.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin der Landesregierung sehr dankbar, dass sie auf die Zukunft bezogen weitere Punkte in die Debatte gebracht hat, die jetzt dringend der Klärung und der Umsetzung bedürfen. Ich erinnere an die gemeinsame Entschließung des Bundesrates, die Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz initiieren wollen. Es geht uns um mehr Steuergerechtigkeit.

Zu mehr Steuergerechtigkeit gehört auch, die Betriebsprüfung zu stärken. Und da, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sollten Sie weiß Gott kein gutes Gewissen haben. Sie haben hier in Nordrhein-Westfalen Stellen abgebaut, auch in der Finanzverwaltung. Wir sagen hier ganz klipp und klar: Wir brauchen mehr und bessere Betriebsprüfungen. Wir wollen und werden sie deswegen stärken.

Wir unterstützen außerdem die Initiative der Regierung, gegen Banken vorzugehen für den Fall, dass diese systematisch Beihilfe zur Steuerhinterziehung betreiben oder die Kooperation mit den Steuerbehörden verweigern. Hier braucht es einen sehr seriösen und minutiösen Sanktionskatalog, der im äußersten Fall auch den Entzug der Bankerlaubnis, also der Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften, beinhalten kann. Das ist ein Punkt, zu dem Sie sich äußern sollten. Es ist richtig, dass die Regierung das fordert. Wir stehen hinter einer solchen Initiative.

Wir sind außerdem der Meinung, dass die Regierung richtig handelt, wenn sie massiv darauf drängt, den zwischenstaatlichen Informationsaustausch besser zu gestalten und zu effektivieren. Wir müssen Steueroasen trockenlegen. Da hat die Landes-

regierung unsere volle Unterstützung, wenn sie unter anderem über den Bundesrat der noch bis September im Amt befindlichen Bundesregierung Feuer unter dem Allerwertesten macht. Etwas anderes darf ich ja hier ohne Rüge des Präsidenten nicht sagen.

(Lachen von der FDP – Christian Lindner [FDP]: Kennen Sie die Umfragen?)

Der letzte Punkt, auf den ich eingehen will, ist, dass wir es richtig finden, dass die Verjährungsfristen für Steuerbetrug verschärft werden. Die Rechtsgrundlage zur Ahndung dieses Delikts ist in der Tat zu lax. Deswegen muss man sie auf Grundlage dessen, was wir in diesen Tagen erleben, erheblich verschärfen und nachbessern.

Ich fordere Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von CDU und FDP, auf: Hören Sie auf, immer nur nach hinten zu schauen! Wenn man nach hinten schaut, wird man mit vielen Namen konfrontiert, ob die nun Graf Lambsdorff, der frühere Schäuble, Kohl, Koch oder Leisler-Kiep heißen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Schauen Sie nach vorne! Schauen Sie darauf, was hier und heute und jetzt zu tun ist, um Steuergerechtigkeit in Kraft treten zu lassen! Dabei haben Sie uns an Ihrer Seite, sowohl im Land Nordrhein-Westfalen wie in der künftigen Bundesregierung. Das muss unser Sinnen und Trachten sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch von mir, weil es zum Grundverständnis einfach dazugehört: Steuerhinterziehung ist ein Angriff auf das Gemeinwohl und sowohl zu verurteilen als auch unter voller Ausschöpfung bestehender gesetzlicher Möglichkeiten zu bestrafen.

Der Kampf gegen Steuerhinterziehung ist eines der prioritären Vorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung.

(Nadja Lüders [SPD]: Wann?)

Dies zeigt insbesondere ein kurzer Rückblick. Gerhard Schröder und Hans Eichel – das ist hier schon mehrfach angesprochen worden – haben für 2004 und 2005 eine weltweite Steueramnestie für deutsche Steuerhinterzieher durchgesetzt. Das Motto war damals: Zahlt 15 %, nämlich 25 % von 60 % Steuern, dann ist das Thema für uns erledigt. – Diese Steueramnestie war weder sonderlich gerecht noch war damit das Problem der Steuerhinterzie-

hung für die Zukunft geregelt. SPD und Grüne sahen dies aber nicht als Grund an, es abzulehnen.

Im Gegensatz dazu werden unter schwarz-gelber Regierungszeit die einzelnen Steueroasen regelrecht ausgetrocknet. Circa 90 Doppelbesteuerungsabkommen sind in dieser Legislaturperiode neu aufgesetzt oder nach dem neuesten OECD-Standard aktualisiert worden. Weitere 70 Abkommen sind in Verhandlungen.

Nach dem an Rot-Grün gescheiterten Steuerabkommen mit der Schweiz wäre die Kapitalsubstanz deutscher Anleger mit 21 bis 41 % besteuert worden. In Zukunft wäre es nicht mehr möglich gewesen, die Schweiz als Steueroase zu nutzen. Alle Kapitalerträge wären zu besteuern gewesen. Das Problem wäre ein für alle Mal gelöst gewesen.

Anstatt knapp 1,5 Milliarden € aus der Steueramnestie von Schröder und Eichel wären 2 Milliarden € plus x garantiert gewesen. Der Steuerzahler hätte es gedankt.

Meine Damen und Herren, wie ernst es der Bundesregierung mit diesem Thema ist, sieht man auch an der erfolgten Verschärfung der bereits existierenden Gesetze und der damit einhergehenden Begrenzung der Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige. Wäre der heute hier diskutierte Fall vor zehn Jahren, also unter Rot-Grün, eingetreten, wäre eine Selbstanzeige sogar dann noch möglich gewesen, wenn die Steuerfahnder bereits an die Tür des Verdächtigen klopfen. Die Steuern hätten anschließend ohne eine Strafe nachgezahlt werden können.

Heute dagegen ist keine strafbefreiende Selbstanzeige mehr möglich, wenn beispielsweise die Prüfung des Steuerpflichtigen bereits begonnen hat. Straffrei bleiben aber weiterhin jene, die bisher völlig unentdeckt waren. Die Steuernachzahlung ist ab einer bestimmten Höhe nun aber mit einer zusätzlichen Strafzahlung in Höhe von 5 % zu versehen.

Der Steuerzahler, der immer fleißig seine Steuern zahlt, ist also, anders als in der Zeit der rot-grünen Regierung, besser gestellt.

Das Steuerabkommen mit der Schweiz wäre zudem ein wichtiger Schritt zu mehr Rechtsstaatlichkeit gewesen. Während im Status quo der reine Zufall bzw. die kriminelle Energie eines „Datendiebs“ entscheidet, welche Steuerhinterzieher nun entdeckt werden und welche nicht, wären durch das Steuerabkommen alle in der Schweiz angelegten Gelder besteuert worden.

(Beifall von der FDP)

Der Rechtsstaatlichkeit wäre auch dadurch gedient, dass der Staat nicht länger Anreize für klar illegale Handlungen wie das Entwenden von Daten setzt.

Wie prekär die rechtliche Lage ist, wird allein anhand folgender Punkte deutlich:

Ein Verkäufer solcher Daten an das Land Nordrhein-Westfalen wurde bereits verurteilt. Die Schweiz hat Haftbefehle gegen nordrhein-westfälische Steuerfahnder erlassen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist ein Skandal!)

Die Behauptung, das Bundesverfassungsgericht hätte den Ankauf entwendeter Steuerdaten als rechtmäßig beurteilt, trifft nicht zu, da die Frage im Beschluss vom 9. November 2010 ausdrücklich offengelassen wurde.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, insgesamt entsteht der Eindruck, dass es Rot-Grün wieder einmal weniger um die Sache als um Polemik und Wahlkampf geht.

(Beifall von der FDP)

Alein die Tatsachen, dass das Verhalten eines einzigen Steuerpflichtigen – wenn auch prominent – Aufhänger für eine parlamentarische Befassung wird und Peer Steinbrück – bei allem außenpolitischen Schaden, den er schon angerichtet hat – im Internet erneut über die Kavallerie philosophiert, zeigen dies sehr deutlich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zur eigenen Regierungszeit war noch eine weltweite Steueramnestie recht und billig, die auch noch ein schlechtes Geschäft für den Steuerzahler war. Heute wird ein rechtsstaatlich vorzugswürdiges Steuerabkommen mit besseren Bedingungen verteuert, um sich als Gerechtigkeitsapostel zu inszenieren.

(Beifall von der FDP – Christian Lindner [FDP]: Da kann man nur sagen: Heuchelei!)

Es bleibt festzuhalten: Das Steuerabkommen wäre eine deutlich bessere Lösung gewesen als der Status quo, und so mancher Steuersünder wäre zwar vielleicht anonym geblieben, hätte dafür jedoch weit mehr in die Steuerkassen gespült, als dies nun durch die erhofften Selbstanzeigen der Fall ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wedel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss eine Sache klarstellen, bei der CDU und FDP, aber auch die Piraten versuchen, den Leuten Sand in die Augen zu streuen.

Der Unterschied zu 2004 – darauf komme ich gleich zurück – ist: Mit diesem Steuerabkommen wird auch der Vollzug des Abkommens vereinbart, nämlich die Frage: Wer überwacht in der Schweiz den Vollzug des Verfahrens, und wie darf die deutsche Behörde ermitteln? Mit dem Abkommen sollte vereinbart werden, dass die Schweizer Banken – noch einmal: die Schweizer Banken, nicht die deutschen Steuerbehörden – kontrollieren, wer welche Steuern in der Schweiz entrichtet. Die deutschen Steuerbehörden dürfen nur in begründeten Verdachtsfällen und nur 500 bis 700 Fälle pro Jahr an die Schweiz richten. Das ist doch ein vehementer Unterschied. Sie wollten verhindern, dass Steuerbetrug aufgedeckt werden kann! Darum geht es!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Und es ist beachtenswert, wie man mit dem Gesamtkomplex umgeht. Kollege Möbius sagt, die Steuerberater hätten eine Selbstanzeige empfohlen, weil das „billiger“ sein könnte. – Was ist das denn für ein Verhältnis zum Steuerbetrug? Egal, ob man 100.000 € oder 10 € hinterzogen hat: Hinterziehung ist Steuerbetrug, und das ist zu bestrafen. Welche Herangehensweise ist das denn?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es auch falsch. Denn die Grundfrage – das hat der Finanzminister hier schon vor Monaten geschildert –, ob weißes oder schwarzes Geld in die Schweiz gegangen ist, ist von hohem Interesse für die Frage, ob es teurer oder billiger ist. 80 % des Geldes, das in der Schweiz von Deutschen investiert wurde, ist nach Schätzungen des Bundes der Deutschen Kriminalbeamten Schwarzgeld. Allein die Zahl „80 %“ muss uns doch alle alarmieren, genauer hinzuschauen und uns nicht hinter irgendwelchen Bundestagswahlkämpfen zu verstecken.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Eines kann ich mir – um auf Herrn Hoeneß zurückzukommen – nicht verkneifen hinzuzufügen: Es war gestern Abend schon schwer zu ertragen – nicht das 4:0 –, wie die Honoratioren im VIP-Raum dem Kollegen auf die Schulter klopfen nach dem Motto, „Ach, Kollege, da kommst du schon durch“, und wie Schampus getrunken wurde, nachdem man sich durch eine Kautio n hat freikaufen können.

(Christian Lindner [FDP]: Das wollen Sie!)

Herr Kollege Möbius, Sie sind ein ganz besonderer Fall. Würde ich Ihre Art und Weise von Politik hier nachspielen, würde ich Ihnen jetzt vorwerfen, dass Sie seit sieben Jahren im Verwaltungsrat des BLB sitzen und insofern für die Verfehlungen des BLB ziehen verantwortlich zeichnen würden. Das haben Sie eben mit dem Finanzminister gemacht. So machen Sie in der CDU-Fraktion Politik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zur Wahrheit gehört auch: Es war Ihr Finanzminister, der die hohe Qualität der Betriebsprüfung durch eine PEM-Lösung vernichtet hat, sprich: mehrere Hundert Betriebsprüfer und Steuerfahnder sind 2009 mit hohen Abfindungen in die Pension gegangen, um Steuerberater und anderes zu werden. Das haben Sie zu verantworten.

Trotzdem ist NRW noch dreimal so kräftig bei der Steuerprüfung wie das Bundesland Bayern. Das hat der Oberste Rechnungshof in Bayern den bayerischen Kollegen dreimal hintereinander ins Stammbuch geschrieben und es in den letzten Tagen auch noch als Pressemitteilung veröffentlicht.

Ich stelle für die Fraktion der Grünen fest: Die Verhinderung des Steuerabkommens war der richtige Weg. Das hat nichts damit zu tun, ob wir dieses Jahr 100 Millionen € mehr oder weniger bekommen. Insofern ist es ja schon bezeichnend, dass die Kollegen sowohl von FDP als auch von CDU trotz des abgelehnten Steuerabkommens noch 500 Millionen € zur Konsolidierung in ihre Anträge zum Haushalt 2013 – konkret: ihre sogenannten Haushaltssanierungskonzepte – hineingepackt haben.

(Christian Lindner [FDP]: Haben wir nicht! Erzählen Sie keinen Unsinn!)

Der kleine Mann lacht sich darüber tot, was Sie mit diesen sogenannten Haushaltssanierungskonzepten fabrizieren.

Ich stelle fest: Das Steuerabkommen zu verhindern, war richtig. Jetzt geht es darum, ein neues Steuerabkommen auf den Weg zu bringen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Dieses neue Steuerabkommen, Herr Kollege Lindner, muss – offenkundig gegen Ihren Willen – dafür sorgen, dass in Deutschland ein automatischer Datenabgleich mit der Schweiz, mit Österreich und auch mit Luxemburg Standard wird, dass das, was die Amerikaner gegenüber der Schweiz durchgesetzt haben, auch wir Deutschen

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– kommen Sie erst einmal in den Bundestag – mit aller Macht durchsetzen können, damit Sie und alle anderen unter den gleichen Bedingungen Steuern zahlen wie jeder normal Angestellte in Deutschland auch, dessen Gehalt und sonstige Einnahmen beim Finanzamt gemeldet und nicht etwa einer Zeitung gegeben werden, sondern vom Finanzamt geprüft werden, um die Steuerpflicht festzustellen. Das muss auch für Investitionen in der Schweiz, in Luxemburg und in Österreich gelten. Das haben die Amerikaner uns vorgemacht, und das müssen wir nachmachen. In dieser Hinsicht haben wir entsprechende Initiativen ergriffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, Sie wollten den Leuten Sand in die Augen streuen. Wir haben klargemacht, welches der Weg ist. Diese Transparenz muss gelten, und vielleicht wachen die Piraten an der Stelle auch noch einmal auf.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause am Stream oder wo auch immer! Herr Kollege Mostofizadeh, wir sind schon aufgewacht. Das glauben Sie mal!

Das, was Herr Kollege Stein hier eben vorgetragen hat, zeugt deutlich von Wachheit. Dies muss man insbesondere deshalb betonen, weil – wie hier von Herrn Finanzminister kritisiert – angeblich nicht klar wäre, wofür wir stehen. Wir stehen für Transparenz und Veröffentlichung dann, wenn der Persönlichkeitsschutz gleichwohl gewahrt bleibt! Das ist der ganz entscheidende Punkt. Da wird nicht herumgeeiert – veröffentlichen ja oder veröffentlichen nein –; wir müssen vielmehr immer schauen, was veröffentlicht und wann es veröffentlicht wird.

Eines steht jedenfalls fest: Sie, Herr Finanzminister, sind doch derjenige, der immer wieder betont, dass es in Deutschland ein Steuergeheimnis gibt. – Jawohl!

Dieses Steuergeheimnis wird möglicherweise an einigen Stellen überwunden, aber dann freiwillig von denjenigen, die, wie Herr Hoeneß, eine Selbstanzeige starten und dann bestimmte Äußerungen in der Öffentlichkeit machen. Wie er dann mit der Öffentlichkeit klarkommt, muss natürlich jeder selber sehen. Aber dass die Öffentlichmachung nicht von staatlicher Seite erfolgt, ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit.

Gerade Sie sind doch derjenige, der immer wieder betont, dass aus Steuer-CDs stammende Daten und etwaige Ermittlungsverfahren oder Besteuerungsverfahren selbstverständlich ebenfalls dem Steuergeheimnis unterliegen.

Insofern frage ich mich ernsthaft: Was machen wir hier eigentlich? Wir zerren hier einen wie auch immer veröffentlichten – eventuell vom Betroffenen selbst veröffentlichten – Fall durch das Parlament vor dem Hintergrund einer Geschichtsbewältigung bezüglich eines Steuerabkommens, das bereits abgelehnt ist. 70 % der Plenardebatte heute dreht sich um das Steuerabkommen, das abgelehnt ist.

Wofür steht also das abgelehnte Steuerabkommen?

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Besser machen!)

– Besser machen – jawohl, Herr Minister. Danke schön, dass Sie es sagen. Ich finde es auch sehr begrüßenswert, dass Sie ein Symposium in Brüssel durchführen, auf dem darüber beraten und besprochen werden soll, wie ein Steuerabkommen auf europäischer Ebene eingeführt werden kann. Auch das war eine meiner Forderungen in einer meiner ersten Reden, als es um Steuerabkommen ging. Da habe ich gesagt, es nützt uns überhaupt nichts, auf der einen Seite das Steuerabkommen bilateral zu besprechen und zu verteuern, während wir es auf der anderen Seite versäumen, europäisch bzw. international auf die Bühne zu treten. Definitiv!

(Beifall von den PIRATEN)

Um noch einmal zu Transparenz und Veröffentlichung zurückzukommen: Transparenz und Veröffentlichung sollten nicht für den Gedanken herhalten, wir könnten Gesetze einfach mal so ändern. So höre ich Kritik an der Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige und Forderungen danach, das Recht insofern zu ändern; ein Recht und jahrzehntelanges Instrument, welches insbesondere vielen Kleinunternehmen, vielen Mittelständlern geholfen hat, eben nicht in den Knast zu wandern, weil möglicherweise ein Buchhalter, dem man vertraut hat, die Zahlen nicht richtig aufgeschrieben und dann etwa über zwei, drei, vier oder fünf Jahre mit diesem Irrtum behaftete und somit falsche Steuererklärungen erstellt hat, was selbstverständlich auch, würde es nachträglich zum Beispiel einem Steuerberater auffallen, strafbar gewesen wäre. Der Mittelständler könnte sich natürlich auf Nichtwissen berufen, doch das schützt denjenigen, der dies tut, nicht. Denn auch gerade im Steuerrecht gilt der Grundsatz: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Dazu gehört selbstverständlich auch die ordnungsgemäße Deklaration von Umsätzen, Einnahmen, Ausgaben etc.

Wer hier also fordert, dass die strafbefreiende Selbstanzeige vom Erdboden verschwindet, den muss ich fragen: Wo kommen wir denn da hin? Wo bleibt denn da die Rechtsstaatlichkeit?

Dazu muss man, bitte schön, ergänzend auch betonen: Diese Selbstanzeige ist ein außerordentlich kompliziertes Instrument, das der Steuerbürger in der Regel überhaupt nicht alleine durchzuführen in der Lage ist. Dazu braucht er einen Steuerberater, dazu braucht er Fachleute, und in den seltensten Fällen klappt das nämlich mit der Selbstanzeige im Hinblick auf die Strafbefreiung.

Auch bei Herrn Hoeneß scheint es da einige Schwierigkeiten gegeben zu haben, sonst wäre, unabhängig von dem Haftgrund der Fluchtgefahr, nicht so ohne Weiteres ein Haftbefehl erlassen worden. Das ist ja auch noch in der Diskussion. Lassen wir doch den Fall Hoeneß einfach von den Behörden und von den Gerichten beurteilen und nicht von

uns Politikern im Saal und anderswo! Das ist nicht unsere Aufgabe.

Unsere Aufgabe ist es, Gesetze zu machen, Gesetze zu bewerten, gegebenenfalls zu ändern. Dazu sind wir in NRW unter anderem insofern in der Lage, als wir Initiativen beim Bund starten können. Das betrifft natürlich auch die Steuergesetzgebung. Und das betrifft selbstverständlich auch ein Steuerabkommen auf internationaler Ebene. Daran sind wir Piraten vor allem vor dem Hintergrund des Interesses an Transparenz und Offenlegung bestimmter Dinge, auch steuerlicher Fakten und Zusammenhänge, absolut interessiert. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Herr Minister Walter-Borjans, bitte.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn eines Zweifel an dem Mantra weckt, das heute immer wieder vorgetragen worden ist, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt ist, dann sind es wirklich diese selbstberuhigenden Traumzahlen, die hier immer wieder genannt werden.

Ich will nicht mehr lange darauf eingehen, aber hier werden Schweizer Franken mit Euro verwechselt, und hier wird berichtet, was uns alles entgangen wäre. Dabei wird immer tunlichst verschwiegen, welche Mechanismen in diesem Abkommen eingebaut waren, um an anderer Stelle, und zwar dauerhaft – ich habe es eben zitiert – dafür zu sorgen, dass Geld abgeflossen wäre, was niemand hätte beziffern können. Unter dem Strich wäre dieses Abkommen nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch ein absolutes Verlustgeschäft gewesen.

(Beifall von der SPD)

Hans Eichel ist sehr oft erwähnt worden. Warum hat Hans Eichel denn eine einseitige Amnestie, ein solches Angebot aussprechen müssen? Das war deshalb der Fall, weil es zu diesem Zeitpunkt keinerlei Gesprächsbereitschaft der Schweiz gab. Warum gab es die nicht? Die gab es nicht, weil es keine CDs gab. Die sind auf Wolfgang Schäuble zugegangen, weil es Unruhe im Karton gab. Der einzige Unterschied zwischen Schäuble und Eichel bestand darin, dass man bei Schäuble eine völlig andere Art der Verunsicherung hatte.

Das Angebot von Eichel war zu einem Zeitpunkt, da hat nach dessen eigenen Angaben Herr Hoeneß schon sein Guthaben gehabt. Er gehört doch gerade zu der Klientel, die offenbar all diese Angebote ausgeschlagen hat, solange sie nicht in Unruhe versetzt war und denken konnte, damit durchzukommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben auch unsere Erfahrungen damit gemacht. Ja, es ist damals damit gerechnet worden, dass darüber 5 Milliarden € hereinkommen. Es ist 1 Milliarde € eingegangen. Das muss doch zum Nachdenken anregen und dazu führen, dass man sagt: Ich kann dann nicht auf dieselbe Art und Weise weitermachen und auch noch ein Abkommen abschließen, das für alle Zukunft die Lücken offenhält. Bei Eichel war es eine einmalige Amnestie, verbunden mit der Gegenleistung, die Finanzverhältnisse offenzulegen. Bei dem Steuerabkommen hingegen ging es um pauschale Anonymität und Unerkennbarkeit, hinter der man auf Dauer abtauchen konnte.

(Beifall von der SPD)

Herr Möbius, es hat keine Zunahme von Selbstanzeigen in der Zeit gegeben, als geglaubt werden konnte, dass es dieses Abkommen geben wird, sondern der Run auf die Steueranwälte ging los, als klar wurde, dass dieses Abkommen nicht zustande kommen würde. Da sind die Leute nervös geworden und haben sich gesagt, jetzt müssten sie sich aber einmal darum kümmern. Das steht auch in Übereinstimmung mit dem Verhalten von Herrn Hoeneß.

Die Selbstanzeige ist ein wichtiger Punkt. Sie ist geltendes Recht. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass ich Wert darauf lege, dass die Steuerverwaltung das hohe Gut des Steuergeheimnisses ernst nimmt. Wer jetzt durchsickern lassen möchte, hier müsse das Steuergeheimnis verletzt worden sein, dem sage ich ganz klar: Dagegen verwahre ich mich für meine Steuerverwaltung – das mache ich auch mit für die in Bayern –, dass sie Daten, die sie gekannt hat, veröffentlicht hätte.

Aber wenn jemand offenbar Ungereimtheiten in seiner Erklärung hat, wenn es eine Hausdurchsuchung bei ihm gibt, wenn er dem Haftrichter vorgeführt worden ist, und dass es da möglicherweise Lücken gibt, durch die möglicherweise jemand etwas gesehen haben könnte, was dann an das Licht der Öffentlichkeit gekommen ist, das dann mit einer Verletzung des Steuergeheimnisses zu begründen, ist absolut unzulässig und nicht hinnehmbar.

(Beifall von der SPD)

Ich füge genauso hinzu: Wenn es so ist, dass jemand ein Versicherungsunternehmen betrügt und in einem solchen Fall keine Möglichkeit hat, im Nachhinein zu sagen, er hätte einen Fehler gemacht, er melde sich einmal und begleiche den Schaden, dann fragt man sich natürlich, warum das anders ist, wenn er die Gemeinschaft aller betrügt und dann anschließend hingehen und sagen kann, er hätte schlecht geschlafen. Dann muss man sich zumindest der Diskussion stellen, ob das eine Einladung sein könnte, Steuerhinterziehung zu verharmlosen, Steuern erst zu hinterziehen und anschließend sagen zu können, man könne es ja noch reparieren.

Bei sehr schweren Fällen muss man sich überlegen, ob eine Selbstanzeige dabei der richtige Weg ist.

Als Finanzminister sage ich immer wieder, dass das im Moment der Einnahmenbringer schlechthin ist, weil diejenigen, um die es hier geht, wegen ihrer Beunruhigung gerade jene sind, die sich jetzt scharenweise selbst anzeigen. Dazu kann ich nur sagen, dass ich dieses geltende Recht selbstverständlich in Anspruch nehme.

Mir ist noch der Punkt mit der immer wieder angesprochenen Zulässigkeit des Kaufs von CDs wichtig. Das Bundesverfassungsgericht hat in der Tat die Auswertung von Daten dieser CDs für rechtens erklärt. Es hat eine ganze Reihe Sprüche von Finanzgerichten gegeben, die auch den Erwerb solcher CDs für rechtens erklärt haben. Erst vor einer Woche haben wir zudem von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf erklärt bekommen, dass die Anzeige einiger Piraten gegen mich gegenstandslos ist, weil man gesagt hat, dass hier eben nicht etwa Untreue oder eine unzulässige Tätigkeit unterstellt werden kann. Das war der Grund, warum eben Ermittlungen nicht aufgenommen worden sind. Ich sage das, um das einfach noch einmal deutlich zu machen.

Zu der Selbstbeweihräucherung dieser Bundesregierung, was sie alles tun würde: Ich habe es eben schon gesagt, im Kleingedruckten des Jahressteuergesetzes sieht das alles ganz anders aus. Für das, was zum automatischen Informationsaustausch gesagt wird, gilt Folgendes: Es hat Listen der OECD gegeben. Das war wachsweiß formuliert, wer auf diese Liste kommt und als Steueroase gilt. Mittlerweile muss selbst der Bundesfinanzminister zugeben, dass diese Liste leer ist. Auf dieser Liste steht niemand. Dann damit erklären zu wollen, man habe alle möglichen Schritte unternommen, finde ich nicht ehrlich.

Dass bei Ihnen jetzt eine solche Unruhe auftritt, hat einen riesigen Grund. Sie wissen ganz genau, dass in diesem Fall stellvertretend für Tausende Fälle der Sprengstoff dafür liegt, der heute im „Express“ betitelt ist mit „Wie gefährlich wird Hoeneß für Merkel?“ Das ist der Punkt, weil den Menschen an diesem Fall exemplarisch klar wird, wie Sie es wirklich meinen. Das ist nicht nur eine Frage der Haltung der SPD und der Grünen im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen oder anderswo, sondern das sehen die Menschen in diesem Land so. Die wissen, dass Steueroasen Gerechtigkeitswüsten sind und nicht etwas, wohin man mit glänzenden Augen sehen sollte, weil man da möglicherweise das Paradies vorfindet. Ein solches Paradies wäre es nur für diejenigen, die sich an dem Gemeinwesen bei uns versündigen wollen. Und es wäre noch besser geworden, wenn es zu einem solchen Abkommen gekommen wäre wie das, das mit der Schweiz geschlossen worden war. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Beratung, und ich **schließe** damit diese **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Reformblockade beim Abbau der kalten Progression im Bundesrat beenden – Steuerliche Mehrbelastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verhindern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2620

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP dem Kollegen Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gerade bemerkenswerte Erkenntnisse unseres Finanzministers über aktuelle steuerrechtliche Fragestellungen gehört. Zuletzt haben wir auch Ihre Hinweise zur sogenannten Cash-GmbH gehört.

Sie sollten das Parlament hier schon vollständig und wahrheitsgemäß informieren. Die Regelungen, die Sie hier kritisiert haben, besagen: Wer über 20 Beschäftigte hat, bei dem ist nicht davon auszugehen, dass Geld zur Vermeidung von Erbschaftsteuerzahlungen geparkt wird. – Wenn ich nämlich 20 Menschen in Lohn und Brot halte und das entsprechend nachweise, dann macht man das sicherlich nicht aus steuerlichen Gründen.

(Beifall von der FDP)

Wenn man weniger als 20 Beschäftigte hat, dann muss man seine betriebliche Tätigkeit für die letzten fünf Jahre entsprechend nachweisen. Das ist doch die volle Wahrheit.

(Beifall von der FDP – Christian Lindner [FDP]: So ist es!)

Interessant im Zusammenhang mit diesem Antrag, Herr Finanzminister, ist die Frage, welches Gesicht SPD und Grüne als vermeintliche Arbeitnehmerpartei hier offenbaren. Sie blockieren zulasten der Mitte der Gesellschaft nämlich jede Initiative, die die kalte Progression im Steuersystem vollständig beseitigen soll.

Worum geht es? Arbeitnehmer bekommen Gehaltserhöhungen entweder als Anerkennung für Mehrleistung und gestiegene Produktivität oder aber als bloßen Inflationsausgleich. Rot-Grün will nun, dass der gierige Staat auch weiterhin jede noch so begründete Lohnerhöhung abkassiert. Dadurch sinken